

Innenpolitik

*(14)

Li Peng über Zhao Ziyang

Laut Xinhua Nachrichtenagentur, würde Chinas Ministerpräsident Li Peng es "begrüßen", wenn der frühere Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas Zhao Ziyang "seine Fehler durch Taten korrigiert". Li betonte, daß "Zhao Ziyang die Partei nicht verraten hat", sondern nur "Fehler beging". Es wurde der alte Vorwurf wiederholt, daß Zhao Ziyangs Unterstützung der studentischen Bewegung die Parteiführung gespalten habe und es unmöglich gemacht habe, die Bewegung bereits zu Beginn unter Kontrolle zu bekommen. Bemerkenswert erscheint im Zusammenhang mit der andauernden Kritik an Zhao Ziyang vor allem die Tatsache, daß letzterer bisher nicht zu der obligaten Selbstkritik bereit ist. (XNA, 24.11.89) -ma-

*(15)

5. Plenartagung des 13. Zentralkomitees

Vom 6. bis 9. November 1989 fand in Beijing die 5. Plenartagung des 13. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas statt. Es handelte sich um die zweite Plenartagung seit den Juni-Ereignissen. Zu Einzelheiten des Tagungsverlaufs und der Tagungsbeschlüsse siehe Thema. -ma-

*(16)

Ständiger Ausschuß Politische Konsultativkonferenz

Im Anschluß an die 5. Plenartagung des 13. Zentralkomitees kam es zur 8. Tagung des Ständigen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Wie zu erwarten "stimmte das Treffen der Entscheidung zu, die Dokumente des 5. Plenums des 13. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu studieren". Ferner entschied die Konsultativkonferenz, daß "alle ihre Mitglieder unter Leitung des Zentralkomitees der Partei, an der Spitze Jiang Zemin, nachhaltige Anstrengungen unternehmen werden, um die Aufgaben, die während

des Plenums festgelegt wurden, zu verwirklichen". Vor allem zeigte sich die Konsultativkonferenz "völlig einverstanden mit den Entscheidungen des Parteiplenums zur wirtschaftlichen Frage und zum Wechsel im Führungspersonal".

Der begrenzte Handlungsspielraum, den sich die Politische Konsultativkonferenz bis zu Beginn dieses Jahres erworben hatte, ist im neuen Klima seit Juni des Jahres offensichtlich wieder verlorengegangen. Im Gegenteil, der Konferenz scheint die Rolle zugewiesen worden zu sein, die Kommunistische Partei anzuspornen, "ihre Autorität durch Stärkung der organisatorischen Disziplin und durch die Verbesserung der Fähigkeiten ihrer Mitglieder zu stärken, damit sie das chinesische Volk bei der Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten des Landes führen kann." Es wurde ferner akklamatorisch begrüßt, daß die Entscheidungen der Plenartagung des ZK "den feinen Stil der Partei, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen, wiederhergestellt hat, daß die Theorie mit der Praxis und der Masselinie verbunden wird und daß das Prinzip erneuert wird, daß die Parteimitglieder die ersten sein sollen, Härten zu ertragen, und die letzten, Komfort zu genießen." Der "demokratische Stil" der letzten Monate und die "engen Verbindungen mit den Massen" müssen laut Ständigem Ausschuß der Politischen Konsultativkonferenz in Zukunft noch weiter verstärkt werden, damit die Partei "den Enthusiasmus der Massen mobilisieren kann". (XNA, 20.11.89) -ma-

*(17)

Demonstrationsrecht

Yu Lei, stellvertretender Minister für Öffentliche Sicherheit, hat öffentlich eine Stärkung des "Rechts der chinesischen Bürger zu demonstrieren" befürwortet. Er sprach sich dafür aus, "Anträge auf Demonstrationen zu genehmigen, wenn sie den Bedingungen entsprechen, die im Gesetz vorgesehen sind... Es dürfen keine gesetzwidrigen Ablehnungen toleriert werden." Die Sicherheitsbehörden müßten lernen, sich mit solchen Situationen abzufinden, da die Verfassung ein Demonstrationsrecht vorsieht. In der Vergangenheit "ist das Recht der Bürger zu demonstrieren nicht vollständig garan-

tiert worden, oder es wurde mißbraucht." Umgekehrt dürften Demonstrationen nicht als Vorwand für ungesetzliches Handeln dienen. "Die Interessen des Staates, der Öffentlichkeit und der Gesellschaft sowie die Rechte anderer Bürger sind in der Vergangenheit mißachtet worden, als einige Leute ihr Recht zu demonstrieren ausübten. Unter dem Vorwand, die Menschenrechte zu schützen, haben einige Leute beabsichtigt, Anarchismus und extreme Demokratisierung herbeizuführen und inneren Streit und Unruhen gegen die Regierung hervorzurufen. Sie haben die Interessen des Staates und der öffentlichen Sicherheit verletzt."

Wie heikel das Demonstrationsrechtsthema ist, geht u.a. aus dem Verhalten der Mitglieder des Nationalen Volkskongresses hervor. Anlässlich einer Diskussion des "Gesetzes der Volksrepublik China zu Massenversammlungen, Prozessionen und Demonstrationen" während der 10. Tagung des 7. NVK beklagte Wan Li, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK, daß von insgesamt 150 Fachvertretern, die an der Diskussion teilnehmen sollten, "nur 119 tatsächlich erschienen, während 31 sich krank meldeten oder andere Formen der Abwesenheit wählten". (XNA, 29.11.89; SWB, 2.11.89) -ma-

*(18)

Unterschwellige Unruhen

Offensichtlich ist es den chinesischen Behörden bisher nicht gelungen, die Unzufriedenheit eines Großteils der städtischen Bevölkerung konsequent zu unterdrücken. Berichte aus zahlreichen Provinzen über Verhaftungen und Verurteilungen (bis hin zur Todesstrafe) zahlreicher "Unruhestifter" und "Konterrevolutionäre" deuten auf diesen Sachverhalt hin. Zentrum der Verfolgungsmaßnahmen scheint z.Z. die Provinz Sichuan zu sein, aber auch aus anderen Provinzen kommt es zu entsprechenden Berichten. Bemerkenswert erscheint, daß in jüngster Zeit vermehrt über die Aufdeckung sog. "illegaler Organisationen" und "konterrevolutionärer Parteien" berichtet wird. So wurde in der Provinz Guizhou von den Sicherheitsbehörden "eine konterrevolutionäre Clique" mit dem Namen "Chinas Rettungspartei" entdeckt. Die zwölf Führungspersonen

lichkeiten dieser Partei sollen wegen Verbreitung "konterrevolutionärer Programme, Briefe", und wegen "Verteilung von Beitrittsformularen und Mitgliederregistern" angeklagt werden. Bei all diesen Mitgliedern handele es sich um "Konterrevolutionäre, die schon immer gegen die politische Volksmacht feindlich eingestellt waren". Insgesamt sind nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden 118 Menschen in diese Partei eingetreten, um "bösaartig die Prinzipien und Politik unserer Partei anzugreifen und unsere Parteiführung und das sozialistische System zu verleumden". Auch aus Shanghai wird von der Entdeckung einer illegalen Partei berichtet. Insgesamt seien dort sechs Mitglieder einer Organisation, die sich "Patriotische Arbeiterunterstützungsgruppe Shanghai" nannte, zu zwei bis acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. In der Provinz Liaoning kam es am 18.11. zu Zwischenfällen, in deren Verlauf insgesamt neun Mitglieder der Sicherheitskräfte getötet wurden. Offiziell haben die Sicherheitsbehörden die Situation schnell unter Kontrolle bekommen, indem sie "die brutalen Verbrecher schnell verhafteten oder töteten". Insgesamt ist nach Ansicht des für Sicherheitsfragen zuständigen Mitglieds des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Qiao Shi, immer noch ein Klima ungenügender Stabilität gegeben. Während einer Konferenz, an der "Aktivisten in der öffentlichen Sicherheitsarbeit aus verschiedenen Teilen des Landes sich voller Glück versammelten", wurde betont, daß "es immer noch viele Faktoren gibt, die in unserer Gesellschaft Instabilität hervorrufen können. Die Regierungsorgane und die Organe der öffentlichen Sicherheit auf allen Ebenen müssen ihre Erfahrungen zusammenfassen als Teil der umfassenden Bemühungen, die öffentliche Ordnung zu verbessern, und sie müssen noch bessere Arbeit leisten bei den gemeinsamen Bemühungen des Volkes und der Polizei, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten."

Insgesamt gibt es z.Z. rd. 800.000 städtische und ländliche Basiskomitees für Öffentliche Sicherheit mit einer Gesamtmitgliederzahl von über 9 Mio. Darüber hinaus existieren die sog. "gemischten Gruppen für Öffentliche Sicherheit" mit rd. 2 Mio. Mitgliedern, deren Aufgabe es ist, "den Organen für Öffentliche Sicherheit bei der Wahrung der nationalen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu helfen".

Ferner wird von Seiten des chinesischen Justizministeriums bestätigt, daß "ultrademokratische und anarchische Vorstellungen eine verhältnismäßig große gesellschaftliche Basis in China haben und unsere verschiedenen Unternehmungen stark beeinträchtigen". Unter Ultrademokratie und Anarchismus wird von Seiten der Behörden "absolute Freiheit, Opposition gegen den demokratischen Zentralismus und die demokratische Diktatur des Volkes" verstanden. Die Vertreter dieser Richtung lehnen "marxistische Konzepte des Staates" ab. "Alles was sie wollen, ist eine bürgerliche Regierung. In einem Wort, sie wollen die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas und die Volksregierung stürzen... und eine demokratische Republik einrichten, die durch bürgerliche Liberalisierung gekennzeichnet ist." Die ideologische Basis dieser Kräfte werde durch die gesellschaftliche Struktur Chinas bestärkt. Trotz deutlicher Fortschritte in der Industrialisierung sei China immer noch vorwiegend "ein Land mit Kleinproduzenten, die eine Hauptrolle in der Wirtschaft spielen". Die durch die Rückständigkeit des Landes verursachten Tendenzen seien weiterhin durch "den Einfluß westlicher dekadenter bürgerlicher Gedanken" verstärkt worden. Dies zeige sich insbesondere unter der Jugend des Landes, die "für akute demokratische Krankheiten anfällig" sei. (SWB, 1., 7., 14., 17. u. 29.11.89) -ma-

* (19)

Studentische Disziplinierung

Die seit Monaten laufende Kampagne zur ideologischen Indoktrination und Disziplinierung der chinesischen Studentenschaft wird anhand eines Berichtes der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua über "Erfolge" an den Universitäten der Stadt Xi'an konkret deutlich. Im unmittelbaren Anschluß an die Juni-Ereignisse sollen sich laut Xinhua viele Studenten an den verschiedenen Universitäten der Stadt gefragt haben, wie es mit ihnen weiter gehen werde. "Nur zögernd kamen sie Anfang August dieses Jahres in die Universitäten zurück. Die Dinge stellten sich jedoch nicht so schlecht heraus, wie sie vermutet hatten. Zur Semestereröffnungszeremonie an der Xi'an Jiatong-Universität am 4. August war der Parteisekretär und Vizepräsident der Universität, Pan Ji, anwesend,

um den Studenten ein Hallo zuzulächeln und sie zu fragen, ob sie gute Sommerferien verbracht hätten."

Selbstverständlich reagierten die knapp 5.000 Studenten laut Xinhua mit frenetischem Applaus. Von den insgesamt 10.000 Universitätsstudenten in Xi'an wurde nur einer festgehalten, weil er "einer der Führer des illegalen autonomen Studentenverbandes" war. In Anschluß an die Applausveranstaltung "verbrachten die Studenten ein bis zwei Wochen des neuen Semesters mit politischen Studien". Nach Auskunft der Universitätsbehörden hätten "alle Studenten hart studiert und sich an den abwechslungsreichen Tätigkeiten erfreut". Es versteht sich von selbst, daß "alles wieder normal ist". Aufgrund der großmütigen Haltung der Regierung seien die Ereignisse vom 22. April in Xi'an nahezu vergessen. Damals war es zu "schweren Zwischenfällen, Plünderungen und Brandstiftungen" gekommen. "Die Universitätsstudenten von Xi'an waren bei den Unruhen sehr aktiv. Allein von der Jiatong-Universität waren mehr als 2.000 Studenten nach Beijing gegangen. Viele von ihnen demonstrierten tagelang auf dem Tiananmen-Platz."

Aus Sicht der Parteiführung muß es erfreulich sein, daß die Universitätsbehörden in Xi'an während der ein- bis zweiwöchigen politischen Kurse so erfolgreich waren und den Studenten ihre falsche Einstellung zu verdeutlichen mochten. Mehr als 1.000 Lehrer und andere Führungspersonen sollen "den Studenten geholfen" haben, ihre Unbesonnenheit einzusehen. Vor allem gelang es ihnen, die Gefahren "der sog. Demokratie in westlichen Ländern" zu verdeutlichen. Die Studenten dankten es ihnen, so u.a. der Ingenieursabsolvent Zhou Yukang: "Ich war der Meinung, daß die Universitätsbehörden die Gelegenheit nutzen würden, uns zu bestrafen... Wir hätten uns diese lächelnden Gesichter und diese tiefe Anteilnahme nicht träumen lassen. Als ich am 15. Juni zu meiner Familie in Chengdou zurückkehrte und die Ruine des verbrannten und geplünderten Volkskaufhauses sah, wußte ich, daß wir ausgenutzt worden waren und daß die Dinge sich zum Gegenteil dessen verkehrt hatten, was wir erwartet hatten." Rührenderweise stifteten die Studenten der Xi'an Jiatong-Universität zum Wiederaufbau des Kaufhauses 140 Yuan. Ferner hof-

fen sie, "daß die Verluste, die bei den Unruhen entstanden sind, bald wieder wettgemacht werden."

Mit der für die neue korrekte Gesinnung typischen Ausrichtung nach vorne sind die Studenten jetzt dazu übergegangen, "sich unter Bäumen und auf dem Rasen und den Treppen vor den Gebäuden über ihre Bücher zu beugen". Wie ein Mann geloben sie: "Ich möchte die Zeit aufholen, die ich im letzten Semester während der Unruhen verloren habe. Immer wenn ich an die kostbare Zeit denke, um die ich betrogen worden bin, fühle ich mich schuldig." Besonders traurig sind sie über die Tatsache, daß sie "Chinas besondere Umstände und die grundlegenden Lehrsätze des Marxismus-Leninismus nicht verstanden haben. Sie müssen daher mehr Bücher lesen." Trotz des vermehrten Studiums bleibt in der neuen Idylle selbstverständlich genügend Freiheit, um "sich an den reichen Freizeitbeschäftigungen zu beteiligen". Die Studenten wissen jetzt, "daß Chinas Zukunft hell ist". Umso verärgerter "sind über 80% von ihnen, weil der Dalai Lama den Friedensnobelpreis erhalten hat." (XNA, 4.11.89) -ma-

*(20)

Weiterhin Kampf gegen bürgerliche Liberalisierung

Chinas Medien (u.a. RMRB, 1.11.89) sind weiterhin zum "unablässigen Kampf zwischen den Vier Grundprinzipien und der bürgerlichen Liberalisierung" aufgefordert. Dieser Kampf bringt die "Erfahrungen im sozialistischen Aufbau während der letzten 40 Jahre" zu einem neuen Höhepunkt. Der "Geist der Aufrechterhaltung der Vier Grundprinzipien und des Widerstandes gegen bürgerliche Liberalisierung" wird zum Ausdruck "tiefer geschichtlicher und wissenschaftlicher Gedanken" hochstilisiert. Nur auf der Grundlage der vier Prinzipien, d.h. des umfassenden Herrschaftsmonopols der Parteiführung, können die "sozialistische Sache Chinas, die sozialistische Modernisierung sowie die Zukunft der Reformen und der Öffnungspolitik" gewahrt werden.

Den skeptischen Bürgern Chinas soll verdeutlicht werden, daß jede Art von Pessimismus dem von der Parteiführung verordneten Erfolgsbericht der Volksrepublik China diametral entgegensteht:

"Alle aufrechten Chinesen stimmen darin überein, daß die Kommunistische Partei während der letzten 40 Jahre seit Gründung der Volksrepublik China das chinesische Volk auf einem stark gewundenen, aber außergewöhnlich ruhmreichen Weg entlanggeführt hat. Die äußeren Bedingungen, denen China in seiner Entwicklung ausgesetzt war, sind ausgesprochen ungünstig gewesen. Für lange Zeit mußte China sich gegen Isolation, Blockade, Subversion und Einmischung feindlicher ausländischer Kräfte zur Wehr setzen, die selbst heute noch nicht ihre Bemühungen aufgegeben haben, in China eine 'friedliche Evolution' herbeizuführen. Die inneren Bedingungen waren ebenfalls nicht günstig. China war ein ziemlich unterentwickeltes Land auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Das Alte China hatte einen Scherbenhaufen hinterlassen. Weder die Führung noch die Öffentlichkeit waren für die Modernisierung genügend vorbereitet. Es fehlte ihnen an ausreichendem Wissen zur modernen Zivilisation und an Erfahrung zur Entwicklung eines neuen Lebens. Deshalb mußten die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau zwangsläufig zu einem Prozeß voller schwieriger Kämpfe und zu einer schmerzhaften Suche werden, wobei es um unablässige Anstrengungen zur Überwindung von Rückschlägen und linksabweichlerischen oder rechtsabweichlerischen Fehlern ging."

Mit Blick auf das Ergebnis dieses 40jährigen "gewundenen Weges" stellt sich die Parteiführung selbst naturgemäß sehr gute Noten aus. Wie immer muß die "Geschichte" (die sich nicht wehren kann) als Beweis herhalten:

"Der geschichtliche Prozeß hat bewiesen, daß die chinesischen Kommunisten die wirkliche Vorhut der Geschichte sind. Er hat gezeigt, daß das chinesische Volk einen unerschütterlichen Geist der harten Arbeit, des unermüdlichen Kampfes und der unerschöpflichen Kreativität besitzt."

Dem Eigenlob folgt mit Blick auf den tatsächlichen Verlauf der letzten 40 Jahre die übliche ritualhafte "Scheinkritik". So wird das übertriebene Maß an "Klassenkampf" als negativ beurteilt, das vor allem während der späten 60er und der 70er Jahre vor-

herrschte. "Da wir den Klassenkampf fortwährend betonten und ständig politische Kampagnen in Gang setzten, wurde das Programm, den Schwerpunkt auf die Arbeit zu legen, hinausgeschoben. Wir waren nicht in der Lage, unsere Ressourcen auf den wirtschaftlichen Aufbau zu konzentrieren, und wir ließen viele günstige Gelegenheiten aus. Als Ergebnis dessen erweiterte sich das Gefälle im wirtschaftlichen und technologischen Bereich zwischen China und den entwickelten Ländern."

Auch während des letzten Jahrzehnts sei die Entwicklung nicht immer korrekt verlaufen. Bereits zu Beginn der Reformphase sei es nötig gewesen, "die vier Grundprinzipien zu betonen... weil ein ideologischer Trend, der die vier Grundprinzipien in Frage stellte und ablehnte, nämlich der ideologische Trend der bürgerlichen Liberalisierung, vorherrschend geworden war... und die Dinge, die korrigiert worden waren, wieder in Mißordnung brachte." Kurzum es ging darum, daß "die sozialistische Sache Chinas unterminiert worden sei". Bis in die höchsten Ränge der Partei hinein habe es Persönlichkeiten gegeben, die "offen mit der bürgerlichen Liberalisierung hausieren gingen". Diese Entwicklung wird, wie auch die vorangehenden Fehlentwicklungen, der anonymen "Geschichte" angelastet.

"Der Anstieg dieses falschen und reaktionären gedanklichen Trends der neuen Periode ist letzten Endes das natürliche Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung. Kurz gesagt, der Konflikt zwischen den Vier Grundprinzipien und der bürgerlichen Liberalisierung ist ein natürliches Phänomen, das im Prozeß der sozialistischen Modernisierung noch lange Zeit Bestand haben wird... Die Praxis der letzten 10 Jahre reicht aus, um uns zu dieser Schlußfolgerung zu führen. Deshalb müssen wir geistig voll auf einen langfristigen Kampf eingestellt sein."

Die Kampfbereitschaft sei umso notwendiger, als die Ausgangsbedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus in China nicht günstig (gewesen) seien. "Das sozialistische System ist bisher niemals in einem Land mit einer hochentwickelten Wirtschaft oder kapitalistischen Produktionsbeziehungen errichtet worden. Viele

Menschen glauben, daß dieses Phänomen mit dem gesellschaftlichen Entwicklungsgesetz, das sich aus der marxistischen Analyse ableitet, unveränderbar ist." Zugleich wird indirekt auf den Prestigeverlust der sozialistischen Ideologie außerhalb Chinas eingegangen. So heißt es u.a.:

"Während der letzten Jahre haben einige kapitalistische Länder in der Wirtschaft sowie in der Wissenschaft und Technologie bemerkenswert schnelle Fortschritte gemacht, während die weniger entwickelten Länder, die den Sozialismus praktizieren, Schwierigkeiten und Rückschläge ausgesetzt waren. Diese Tatsache hat einige repräsentative Persönlichkeiten der kapitalistischen Monopolklasse besonders erfreut. Sie sind sofort hervorgetreten, um einer nach dem anderen den Untergang der Marx'schen Theorie des Sozialismus und Kommunismus zu verkünden und den bevorstehenden Tod des Sozialismus als historisches Phänomen vorherzusagen."

Es versteht sich von selbst, daß eine derart verzerrte Sicht der heutigen Welt nur durch die überlegene historische Urteilskraft der Parteiführung überwunden werden kann. Es bedarf dazu eines höheren dialektischen Wissens.

"Aussagen dieser Art sind dialektisch nicht gut begründet und entbehren der geschichtlichen Vernunft. In der Tat ist die gesamte Geschichte der Menschheit ein dialektischer Entwicklungsprozeß. Die Geschichte folgt ihren eigenen Gesetzen, aber diejenigen, die die Lehrbücher ohne Verständnis lesen, und diejenigen, die sich der engen Sicht der Bourgeoisie hingeben, können die Gesetze der Geschichte niemals verstehen... Die Entwicklung der Welt des Kapitalismus/Imperialismus hin zum Sozialismus beansprucht eine ganze geschichtliche Periode, und der Prozeß wird natürlich irreguläre und komplexe Phänomene aufweisen, und er wird unweigerlich Umwege gehen und Rückschläge erfahren. Genau so soll die Geschichte sein, und die Sicherheit und Regelmäßigkeit der Geschichte wird durch solche irregulären Erscheinungen, Umwege und Rückschläge widergespiegelt."

Es scheint, als ob Chinas Parteiführung eine völlig neue Stufe des dialektischen Bewußtseins erreicht hat. Der Mißerfolg wird zum Ausdruck des unweigerlichen späteren Erfolges erklärt. Laut Generalsekretär Jiang Zemin fehlt es allen, "die nur die Strudel und Gegenströmungen statt des langen geschichtlichen Prozesses, der sich nach vorne drängt, sehen, an politischer Weitsicht". Diesen "Sommerinsekten, die keine Ahnung davon haben, was Eis ist", fehlt es an Vorstellungskraft, "den Untergang des kapitalistischen Systems vorauszusehen. Deshalb können sie nichts anderes tun, als die Ewigkeit ihres Systems zu preisen und sich gleichzeitig an den Schwierigkeiten und Rückschlägen, denen der Sozialismus ausgesetzt ist, zu erfreuen."

Angesichts derart widriger Umstände muß die chinesische Gesellschaft "unseren Glauben an den Sozialismus verstärken" und gleichzeitig "die Rolle des chinesischen Sozialismus im langen Prozeß der Geschichte verstehen". Konkret heißt dies, daß China sich auf längere Zeit mit seiner Rückständigkeit abfinden müsse. "Das geringe Niveau der Produktivkräfte, die größte Bevölkerung der Welt, der relative Mangel an Land und anderen Ressourcen und das relativ geringe Niveau der Erziehung der Bevölkerung sind nationale Bedingungen, die alle kennen. Ein grundlegender Wandel kann nur durch einfaches Leben und harten Kampf während einer langen Zeit bewirkt werden. Während dieser Zeit werden die fortgeschrittenen Produktivkräfte, Wissenschaft und Technologie, der enorme Wohlstand der entwickelten kapitalistischen Länder und der Lebensstandard, der viel höher ist als unserer, zwangsläufig einen großen ideologischen Druck und Einfluß auf das chinesische Volk ausüben." Es sei zu befürchten, daß die Bevölkerung aufgrund unzureichender historischer Weitsicht "die kapitalistischen Dinge hochachten und die Überlegenheit des Sozialismus in Zweifel ziehen" wird.

Angesichts dieser schwierigen Situation müsse die Parteiführung für die Zukunft Chinas einen Mittelweg suchen. Es sei nicht möglich, den Aufbau der Wirtschaft als nachrangig zu betrachten und den Sozialismus unter Bedingungen der Unterentwicklung zur Blüte bringen zu wollen. Typisch

für diese Denkart sei der Slogan vom armen Sozialismus gewesen, "der während der sog. Großen Kulturrevolution verbreitet wurde". Eine solche Sicht würde den sozialistischen Aufbau auf Dauer verhindern. Statt dessen müsse man "den sozialistischen Wirtschaftsaufbau in den Mittelpunkt stellen", um nachfolgend "die Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und anderer Unternehmungen zu fördern". Ein solcher Weg sei möglich, vorausgesetzt daß man sich der "neuen Widersprüche" bewußt bleibt, wie sie sich vor allem "aus der Konfrontation zwischen den Vier Grundprinzipien und der bürgerlichen Liberalisierung" ergeben. Es müsse verhindert werden, daß "Lobpreisungen und Verehrungen des Kapitalismus verbreitet" werden.

Es bleibt der Eindruck, daß die Parteiführung von eben dergleichen "ideologischen Verwirrung" ergriffen ist, die sie bei "den Massen des Volkes" festgestellt zu haben glaubt. (SWB, 4.11.89) -ma-

* (21)

Pflicht zu positiver Propaganda

Li Ruihuan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, forderte Ende November 1989 die Medien des Landes erneut auf, sich verstärkt am "Leitprinzip für sozialistische Massenmedien" zu orientieren und "die positive Propaganda an die erste Stelle zu setzen". Positive und exakte Propaganda zeichne sich vor allem dadurch aus, daß "die Parteilinie exakt und rechtzeitig" in den Medien dargestellt werde, um "die Menschen bei ihrem Marsch nach vorn zu ermutigen und eine öffentliche Meinung zu erzeugen, die der politischen Stabilität dienlich ist". Vor allem müsse es darum gehen, "solche Dinge zu verbreiten, die die Menschen ermutigen, die Vier Grundprinzipien hochzuhalten... und die die geistige sozialistische Zivilisation fördern". Anders gesagt: "Alle Dinge, die die Menschen dazu ermutigen, für den Wohlstand und die Stärke der Nation, sowie für das Glück des Volkes und den sozialen Fortschritt zu kämpfen, sind Dinge, die wir als positive Dinge bezeichnen und über die berichtet werden muß." Dies gelte umso mehr, als "die Kommunistische Partei der Vertreter der Interessen des Volkes" sei. Aus diesem Grund seien die "Organe der Partei natürlich die Organe des Volkes." (XNA, 26.11.89) -ma-

***(22)
Kampf gegen "sechs Übel"**

Die Stadtregierung Beijing hat im Rahmen einer landesweiten Bewegung alle Bürger der Stadt aufgefordert, an einer neuen Kampagne zur Beseitigung der "sechs Übel" teilzunehmen. "Die sechs Übel beinhalten Prostitution, Verbreitung und Verkauf pornographischer Bücher und Fotos, Verkauf von Frauen und Kindern, Herstellung, Einnahme und Handel mit Drogen, Spielsucht und Ausübung abergläubischer Tätigkeiten zu Gewinnzwecken." Die Hauptstadt scheint damit die Führung im Kampf gegen Probleme zu übernehmen, die in allen großen Städten Chinas während der letzten Jahre eine deutliche Zunahme erfahren haben. Besonders schwerwiegend seien die Probleme der Spielsucht, Prostitution und der Verbreitung und des Verkaufs von pornographischen Büchern und Fotos. Die Kampagne soll sich vor allem auf jene Stadtteile und Einheiten konzentrieren, "in denen häufig Verbrechen begangen werden". Insbesondere soll gegen Kader und Parteimitglieder vorgegangen werden, die in diese Aktivitäten verwickelt sind. Beijings Bürgermeister Chen Xitong betonte ausdrücklich, daß ein Erfolg in der Bekämpfung der "sechs Übel" absolut notwendig sei im Hinblick auf die elften Asiatischen Spiele, die im September nächsten Jahres in Beijing stattfinden sollen. (XNA, 24.11.89) -ma-

***(23)
Liebe zur Armee verordnet**

Die Führung der Volksrepublik China hat zum Ende des Jahres 1989 eine neue Kampagne zur Lobpreisung der chinesischen Streitkräfte eingeleitet. Der Bevölkerung soll durch die Medien des Landes und auf Massenversammlungen verdeutlicht werden, wie die Volksbefreiungsarmee ihren Dienst am Volke in vorbildlicher Weise erfüllt habe. Ziel der neuen Kampagne ist es, die Bevölkerung auf einen landesweiten Jubelakt für die Streitkräfte zum chinesischen Neujahrsfest Ende Januar vorzubereiten. Während dieser Jubelfeiern sollen alle Chinesen "ihre Liebe zur Armee" demonstrieren. Gleichzeitig sollen tatsächliche und mögliche "Aufweichungstendenzen" innerhalb der Streitkräfte unterbunden werden. Offensichtlich gibt es nach wie vor eine

große Anzahl von Soldaten und Offizieren, die mit dem Einsatz der Armee während der Juni-Ereignisse nicht einverstanden waren. Dementsprechend sollen "alle militärischen Dienstgrade in Patriotismus, Kollektivismus, Sozialismus und Selbstbewußtsein unterrichtet" werden. Insbesondere müssen das Bewußtsein für die "guten Traditionen" und "der Respekt für die Regierung" verstärkt werden. Nur so könne "die ideologische Verwirrung", die sich bei "einer kleinen Zahl von Soldaten, denen die solide Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre fehle", überwunden werden. In diesem Zusammenhang soll auch Chinas längst beerdigt geglaubter Modellsoldat Lei Feng wieder seine Vorbildrolle als "Muster der Selbstlosigkeit und des Patriotismus" spielen. (AFP, 5.12.89) -ma-

***(24)
Anstieg Arbeitslosigkeit**

Die Provinz Guangdong meldet, wie andere industrielle Schlüsselregionen Chinas auch, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. In den städtischen Gebieten der Provinz sei die Zahl der Personen, "die auf Arbeit warten", von 520.000 (1988) auf 640.000 gestiegen. Es wird ein weiterer Anstieg auf mindestens 700.000 erwartet. Offiziell wird die Arbeitslosenrate im städtischen Bereich 2,7% erreichen, da die Arbeitsämter "den Menschen während der nächsten zwei Jahre nicht mehr Arbeitsplätze vermitteln können". Dies sei vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß "aufgrund der Politik, die überhitzte Wirtschaft zu verlangsamten, die meisten Unternehmen sich weigern, neue Kräfte einzustellen... Die Zahl der Menschen, die in städtischen Unternehmen, örtlichen Tourismuseinrichtungen und individuellen Geschäften, die zusammen während der letzten Jahre 65,5% der Gesamtbeschäftigung ausmachten, tätig sind, ist deutlich verringert worden... Ferner haben mehr als 20.000 Einzelhändler in der Provinz in diesem Jahr ihr Geschäft eingestellt, und sie werden das Arbeitslosenproblem erschweren." Die einzige konkrete Maßnahme, die das Arbeitsamt der Provinz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwähnt, liegt in "strengen Kontrollen überzähliger Arbeiter aus ländlichen Gebieten, die in die Städte drängen". (China Daily, 29.11.89) -ma-

***(25)
Personalausweise**

Bis Ende Oktober 1989 hatten 618 Mio. chinesische Bürger neu herausgegebene Personalausweise empfangen. Dies entspricht einem Anteil von knapp 94% aller Ausweise, "die durch das Ministerium für Öffentliche Sicherheit herausgegeben werden". Alle Bürger über 16 Jahre sind damit in China ausweispflichtig. -ma-

***(26)
Neuer Bürgermeister von Tianjin**

Der bisherige amtierende Bürgermeister Nie Bichu wurde während der 3.Sitzung des 11.Stadtvollkongresses Mitte November 1989 zum Bürgermeister der Stadt Tianjin gewählt. Nie ist 61 Jahre alt. Er absolvierte ein Maschinenbaustudium an der Beiyang-Universität von Tianjin. Seit 1965 fungierte er nacheinander als Vorsitzender der Abteilung für Langfristplanung der städtischen Planungskommission Tianjin, als Vizedirektor der Kommission und schließlich als Direktor der Kommission. 1983 war Nie zum Vizebürgermeister von Tianjin ernannt worden. Nach dem Wechsel des früheren Bürgermeisters Li Ruihuan in die Zentrale der Partei übernahm er das Amt als amtierender Bürgermeister. Nie ist gleichzeitig stellvertretender Sekretär des Stadtkomitees Tianjin der Kommunistischen Partei Chinas und Mitglied des 13.Zentralkomitees. (XNA, 19.11.89) -ma-

***(27)
Tibetische Mönche verurteilt**

Anfang November 1989 wurden vier tibetische Mönche des Pareburu-Klosters von Lhasa "wegen Demonstrationen am Yohkang-Tempel" zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt. Die Urteile wurden während einer Massenkundgebung in Lhasa verkündet. Allen vier Mönchen wurde vorgeworfen, öffentlich ein "unabhängiges Tibet" gefordert und andere "reaktionäre Losungen" gerufen zu haben. Die Demonstration der Mönche stand nach Ansicht von Beobachtern im engen Zusammenhang mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama im Oktober dieses Jahres. Bereits zuvor waren zwei andere Mönche verhaftet worden, weil sie die verbotene Nationalflagge Tibets in der Öffentlichkeit getragen hatten.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama hat die nach Unabhängigkeit strebenden Kräfte in Tibet offensichtlich gestärkt. Dies geht nicht zuletzt aus der scharfen Reaktion der Zentralregierung in Beijing hervor, die die Verleihung als Affront gegen China verurteilte.

Auf die chinesische Kritik reagierte das Nobelkomitee seinerseits in scharfer Form. Es verglich die Haltung der chinesischen Regierung mit der Reaktion Hitlers, der sich 1935 wegen der Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky öffentlich empört hatte.

Darüber hinaus hat die Kritik von amerikanischer Seite an der Verletzung von Menschenrechten sowohl in Beijing während des Junis als auch in Tibets während des Monats März einen empfindlichen Nerv der chinesischen Führung getroffen. Vor den Vereinten Nationen verteidigte sich der chinesische Vertreter Chen Shiqui, es habe sich bei dem "Aufruhr, der letzten März in Lhasa in der Autonomen Region Tibet stattfand, weder um eine Frage der ethnischen Religion, noch um eine Frage der Menschenrechte gehandelt. Vielmehr ging es um Aktivitäten, die durch eine kleine Zahl von Spaltern ausgelöst wurden, die darauf sinnen, das chinesische Gebiet Tibet vom Rest des Landes zu trennen." Die chinesische Regierung habe darauf hin Maßnahmen getroffen, um die "staatliche Souveränität und territoriale Integrität zu sichern und Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten". Diese Maßnahmen seien angemessen und legal gewesen. "Seit 1300 ist Tibet ein unveräußerlicher Teil des geheiligten chinesischen Territoriums. Diese Tatsache ist von allen Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten anerkannt worden." Trotz dieser Tatsachen zielen z.Z. "einige Länder" darauf ab, "sich in die tibetischen Probleme einzumischen und den Dalai Lama zu unterstützen sowie die kleine Zahl von Spaltern, was eine Mißachtung der Normen für internationale Beziehungen darstellt. Dies ist eine grobe Einmischung in die internen Angelegenheiten Chinas." (AW, 1.12.89; SWB, 29.11.89; SZ, 24.10.89)

Kultur

*(28)

Kampagne gegen führende Dissidenten

Wie erst kürzlich bekannt wurde, soll der namhafte Shanghaier Schriftsteller Wang Ruowang verhaftet worden sein, wahrscheinlich schon vor längerer Zeit. Er wird beschuldigt, die Demokratiebewegung unterstützt und für ein Ende der Alleinherrschaft der KPCh eingetreten zu sein. Bereits 1987 war er aus der Partei ausgeschlossen worden. (SZ, 25.10.89; FR, 1.11.89)

Zwei weitere Schriftsteller, die sich im Ausland befinden, wurden aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen: Liu Binyan und Su Xiaokang. Liu Binyan verlor außerdem seinen Posten als Vizepräsident und Vorstandsmitglied des Chinesischen Schriftstellerverbandes (XNA, 15.11.89). Su Xiaokang ist der Verfasser des Drehbuches der Fernsehserie "Flußbelegie".

Der Astrophysiker Fang Lizhi wurde aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen. Er gehörte seit 1980 der mathematisch-physikalischen Abteilung der Akademie an. (RMRB, 13.11.89)

Unterdessen geht in den chinesischen Massenmedien der Kampf gegen führende Dissidenten weiter. Zielscheibe der Angriffe waren im November der Astrophysiker Fang Lizhi, der sich seit dem 5. Juni in der Obhut der US-amerikanischen Botschaft in Beijing befindet, der bekannte Journalist und Schriftsteller Liu Binyan, der bereits seit 1988 im westlichen Ausland weilt, und der junge Literaturwissenschaftler Liu Xiaobo, der während der Studentendemonstrationen aus den USA nach Beijing zurückkehrte und nach der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstrationen verhaftet wurde. Allen dreien wird vorgeworfen, bürgerliche Liberalisierung betrieben, die Vier grundlegenden Prinzipien bekämpft und bei den Studentendemonstrationen direkt oder indirekt mitgewirkt zu haben.

Am 3. November 1989 erschien in der *Volkszeitung* ein langer Artikel über Liu Binyan. Darin heißt es, Liu sei bereits Anfang 1987 wegen Verstoß gegen die Parteistatuten, die Parteidisziplin und Parteibeschlüsse und wegen Verleumdung der Partei sowie als Repräsentant der bürgerlichen Liberalisierung aus der Partei ausgeschlossen worden. Im März 1988 habe er ein einjähriges Forschungsstipendium an der Harvard-Universität in den USA erhalten, wohin er mit seiner Frau gegangen sei. Im Frühjahr dieses Jahres habe er eine unrühmliche Rolle bei dem "konterrevolutionären Putsch" gespielt, indem er die Studenten in China aufgewiegelt habe. Vom Ausland aus habe er in zahlreichen Vorträgen und Artikeln die Führungsrolle der KPCh und das sozialistische System bekämpft, Demokratisierung gepredigt und die Umwandlung Chinas in eine bürgerliche Republik gefordert. Seine Vorträge in den USA seien über "Voice of America" in China verbreitet worden und hätten so die Studenten beeinflussen können. Damit habe er sie zum Aufruhr verleitet. Nach der Beendigung der Demonstrationen habe er Kontakt zu den ins Ausland geflohenen Leuten wie Yan Jiaqi, Wan Runnan und Wuer Kaixi aufgenommen und sei im Juli in Paris bei der Gründung der reaktionären "Front für ein demokratisches China" dabeigewesen. In dem Artikel werden alle parteifeindlichen Aktivitäten Lius genau aufgezählt und insbesondere seine zahlreichen Reden und Artikel aufgelistet, die sein "reaktionäres Gesicht" enthüllen sollen. Besonders verärgert zeigt man sich über den großen Einfluß, den Liu Binyan auf die Presse in den westlichen Ländern sowie in Hongkong und Taiwan ausübt. Die Kritik an der KPCh in dieser Presse wird seinem Einfluß zugeschrieben.

Über Fang Lizhi veröffentlichte die *Volkszeitung* am 6. und 26. November lange Artikel. Beides sind theoretische Artikel, die sich kritisch mit Fangs Ideologie auseinandersetzen. Über seine praktische Verwicklung in die Demokratiebewegung sind in den vergangenen Monaten bereits zahlreiche Artikel und sogar ein Buch erschienen (vgl. C.a. 1989/6, Ü 12 und 1989/7, Ü 19). Der Artikel vom 6. November wirft Fang Lizhi vor, er habe die westliche bürgerliche Demokratie propagiert und damit die jungen Studenten